



„Es läuft auf eine Vertragsänderung hinaus“

Interview mit Jérôme Vignon zur europäischen Sozialpolitik und Zukunft der europäischen Einigung

Welche sozialpolitischen Weichenstellungen aus den frühen Jahrzehnten der europäischen Integrationsgeschichte spielen heute noch eine Rolle? In welcher Periode ist der Aufbau eines sozialen Europa gut vorangekommen? Seit wann stagnieren die Fortschritte einer sozialpolitischen Integration? Woran ist die Lissabon-Strategie für mehr Beschäftigung gescheitert? Wo liegen heute die wichtigsten sozial- und beschäftigungspolitischen Herausforderungen? Wie kann eine Angleichung der unterschiedlichen Sozialstandards und eine Harmonisierung des Steuerrechts erreicht werden? Anhand dieser und weiterer Fragen klärt Jérôme Vignon auf über die soziale Dimension Europas und gibt Einblick in seine Vision einer Weiterentwicklung des europäischen Projekts.



Jérôme Vignon

Amosinternational Der Vertrag zur Gründung einer europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl von 1951 hatte als eines seiner Ziele die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter. Die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft durch die Verträge von 1957 führte auch zur Einrichtung des bis heute bestehenden europäischen Sozialfonds. Vom Fehlen einer sozialen Dimension in der Gründungsgeschichte der europäischen Union kann demnach keine Rede sein – zumindest was die vertragliche Grundlage betrifft. Dennoch blieb etwa das sozialpolitische Aktionsprogramm von 1974 weitgehend folgenlos. Wie erklären Sie sich, dass in den ersten Jahrzehnten der europäischen Einigung sozial- und beschäftigungspolitisch nur sehr wenig konkretisiert wurde?

Jérôme Vignon Es ist ja nicht so, dass im Laufe der ersten 15 bis 20 Jahre nach der Unterzeichnung der Römi-

schen Verträge nur im sozialpolitischen Bereich sehr wenig geschah. Im Unterschied zu den vorhergehenden sektoriellen Abkommen, etwa der Montanunion oder der europäischen Atomgemeinschaft (Euratom), enthalten die Römischen Verträge keine unmittelbar nutzbaren Instrumentarien für das politische Handeln. Sie gaben lediglich eine gesetzgeberische Marschrichtung vor und fixierten die wichtigsten Etappen. Dem Ministerrat war es vorbehalten, auf Vorschlag der Kommission eine Fülle von Sekundärrechten zu erarbeiten. Im Bereich des Binnenmarktes mussten zudem, mit Ausnahme der Landwirtschaft, die meisten Entscheidungen einstimmig gefällt werden. Das erklärt im Wesentlichen die offensichtliche Lethargie des „gemeinsamen Marktes“.

Ein anderer Grund für die vergleichsweise wenigen sozialpolitischen Richtlinien aus der Zeit nach 1974 ist

das damalige Klima wirtschaftlicher Instabilität, das die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) nach der Ölpreiskrise erfasste. Die Schaffung von ersten Instrumenten zum Umgang mit Wechselkursschwankungen wurde dringlich. Das war das große deutsch-französische Werk der europäischen „Währungsschlange“, durch das die schwankenden Wechselkurse der einzelnen Länder relativ eng aneinander gekoppelt wurden – ein Vorboten der späteren Währungsunion. Und dennoch: Diese Periode, in der der niederländische Kommissar Vredeling bei der europäischen Sozialpolitik die Fäden in der Hand hielt, war auch in sozialpolitischer Hinsicht kein Vakuum.

In jener Zeit war es das wichtigste Anliegen der europäischen Kommissare zu verhindern, dass die großen trans-europäischen Firmen, und hier besonders die amerikanischen, ihre Investitionen in den sechs Mitgliedsstaaten